

Erklärung der deutschen NE-Metallindustrie zum Klimaschutz für den Zeitraum 2008-2012

Die deutsche NE-Metallindustrie bekennt sich zum Prinzip der Nachhaltigkeit. Eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik muss sich daher an gleichrangigen ökologischen, ökonomischen und sozialen Kriterien orientieren. Wie bereits als Grundlage der 1996 abgegebenen Selbstverpflichtungserklärung der deutschen NE-Metallindustrie zum Klimaschutz wird die deutsche NE-Metallindustrie weiterhin an der Entkopplung von Energieverbrauch und Produktionswachstum festhalten. Neben der effizienten Nutzung von Energieträgern, dem verstärkten Einsatz des Recyclings und der Entwicklung umweltfreundlicher Produktionsverfahren trägt die deutsche NE-Metallindustrie durch ihre Produkte zu Emissionsminderungen in anderen Bereichen – insbesondere beim Verkehr – wesentlich bei.

Mit ihrer Selbstverpflichtungserklärung von 1996 hat sich die deutsche NE-Metallindustrie verpflichtet, den spezifischen Energieverbrauch von 1990 bis zum Jahr 2005 um 22 % zu reduzieren. Sie hat hierbei –belegt durch die Monitoring-Berichte des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI)- bereits erhebliche Fortschritte erzielt und wird ihr Ziel erreichen. Damit hat die NE-Metallindustrie jedoch in einigen Bereichen bereits technische und wirtschaftliche Untergrenzen erreicht, die eine weitere Senkung des spezifischen Energieeinsatzes nicht mehr zulassen. Jede weitere Senkung des Energieeinsatzes ist deshalb für die NE-Metallindustrie mit erheblichen Anstrengungen und Investitionen verbunden.

Die deutsche NE-Metallindustrie steht in einem scharfen globalen Wettbewerb. Dabei sind regionale Standortnachteile nur bis zu einem gewissen Punkt durch Standortvorteile wie Kundennähe oder gute Infrastruktur aufzufangen. In den letzten Jahren sind die Energiepreise und insbesondere die Strompreise in Deutschland kontinuierlich weiter angestiegen und haben jetzt ein Niveau erreicht, auf dem eine Metallproduktion in Deutschland in Zukunft nicht mehr möglich ist. Es kommt daher entscheidend darauf an, die Energiepreise in Deutschland auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau zu senken nicht weiter durch staatliche Maßnahmen zu erhöhen. Dies hätte in Bereichen, in denen wie bei der Metallproduktion, die Effizienzpotentiale ausgeschöpft sind, die Wirkung einer Substanzbesteuerung.

Es besteht die Gefahr, dass Staaten, die auf Klimaschutz verzichten, dies als Werbung für ihren Standort missbrauchen. Die Politik muss erkennen, dass eine deutsche Vorreiterrolle im Klimaschutz ohne Rücksicht auf ökonomische Wirkungen, andere Staaten ohne strenge Klimaschutzvorgaben einlädt, auch in Zukunft auf Klimaschutz zu verzichten und die aus Deutschland abwandernde Industrie für sich zu gewinnen.

Dies vorausgeschickt erklärt die deutsche NE-Metallindustrie:

Die NE-Metallindustrie in Deutschland bekennt sich wie bisher zum aktiven Klimaschutz. Sie wird ihre Zusagen aus der Klimaschutzzerklärung von 1996 erfüllen und weitere Anstrengungen zu Effizienzverbesserung unternehmen, soweit dies noch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist.

Die NE-Metallindustrie strebt daher an, ihren spezifischen Energieeinsatz für den Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012 um 24% gegenüber den Werten von 1990 zu senken, soweit dies technisch und wirtschaftlich möglich ist. Dies setzt voraus, dass fiskalische, ordnungsrechtliche oder sonstige Maßnahmen des Staates unterbleiben, die den Energieeinsatz weiter verteuern oder ein Wachstum der Unternehmen behindern. Auch wesentliche Strukturbrüche der NE-Metallindustrie durch massives Abwandern oder Schließen von Betrieben würden die Grundlage dieser Verpflichtung in Frage stellen.

Künftige Politik muss berücksichtigen, dass Umweltschutz nicht Energieeinsparung um jeden Preis bedeuten kann. Umweltschutz und Wettbewerbsfähigkeit setzen vielfach den zusätzlichen Einsatz von Energie voraus. Auch Produktionserhöhungen bzw. mehr Beschäftigung am Standort Deutschland müssen möglich bleiben. Klimaschutz kann nur dann gelingen, wenn er global stattfindet und die wesentlichen Emittenten einbezieht.

Berlin, im Januar 2006

Wirtschaftsvereinigung Metalle e.V.
Wallstr. 58/59
10179 Berlin
Tel. 030 / 726207-100
E-Mail: info@wvmetalle.de
www.wvmetalle.de